

Niederschrift

über die 24. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Donnerstag, **14.06.2012**, 17:10 Uhr - 20:55 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Sybille Benning, Heinz Georg Buddenbäumer, Georg Fehlauer (als Vertreter für Stefan Roth),
Walter von Göwels, Stefan Weber, Simone Wendland,

von der SPD-Fraktion

Thomas Fastermann, Inge Jachmann, Mathias Kersting, Kurt Pölling, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Carsten Peters, Reinhard Scholz (anwesend bis 20.00 Uhr), Christine Schulz
(als Vertreterin für Jörn Möltgen),

von der FDP-Fraktion

Dietmar Uhlenbrock (als Vertreter für Bernd Mayweg), Hans Varnhagen (als Vertreter für Jürgen
Reuter),

von der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel,

Sachkundige Einwohner/innen

Dr. Gerhard Bonn (anwesend bis 21.20 Uhr), Irmgard Hilgensloh, Uwe Raffloer, Renate Saltz-
mann-Stoll, Franz-Josef Sauer, Christoph Thiel, Dr. Georgios Tsakalidis,

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Maarit Benson, Stephan Böhme, Dietmar König, Jörg Krause, Tobias Krause-
Kämereit, Dirk Lohaus, Michael Milde, Markus Peifer, Marion Philipp, Andreas Pott, Gerhard
Rüller, Christian Schowe, Hartwig Schultheiß, Elke Schulz, Martin Schulze-Werner, Reimer
Stoldt, Andreas Thiel, Siegfried Thielen, Klaus Uplawski, Detlef Weigt, Birgit Wildt,

für die Schriftführung

Regina Dittmer,

Es fehlten:

Bernd Mayweg, Jörn Möltgen, Jürgen Reuter, Stefan Roth, Patrik Werner.

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 24. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 14.06.2012

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
 - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
- 3. Mitteilungen der Verwaltung**
- 4. Anträge und Eingaben**
 - 4.1. Stellungnahme zum SPD-Antrag zum Schützenhof-Bunker als Sachstandsbericht zur Grundstücksentwicklung
- 5. Tagesordnungspunkte mit externer Berichterstattung**
- 6. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft**
 - 6.1. Bericht zur Baulandentwicklung 2012
 - 6.2. Modellhafte Erprobung von Aktivierungs- und Prozessstrategien für "Neues Wohnen im Bestand", hier: Bahnhofsviertel - Sachstand und nächste Schritte
 - 6.3. Standorte-Entwicklungskonzept Britenwohnungen in Münster - Sachstand und erste Zwischenergebnisse

mündlicher Bericht
 - 6.4. Städtebauförderung: Programm "Stadtumbau West" - Konversion York-Kaserne Gremmendorf, Konversion Oxford-Kaserne Gievenbeck

V/0397/2012

III

V/0445/2012

III

V/0386/2012

III

<u>V/0150/2012</u> III	6.5.	Errichtung einzelner Windenergieanlagen an Standorten außerhalb der im Flächennutzungsplan der Stadt Münster dargestellten Konzentrationszonen für Windenergieanlagen
<u>V/0725/2011</u> V	6.6.	Landschaftsplan Roxeler Riedel - Offenlegungsbeschluss -
<u>V/0363/2012</u> V	6.7.	European Energy Award 2012 - Energiepolitisches Arbeitsprogramm
<u>V/0880/2011</u> III	6.8.	Beachtung von DIN-Normen zur Barrierefreiheit bei öffentlich zugänglichen Gebäuden und Flächen
<u>V/0422/2012</u> OB	6.9.	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und der Ratsgruppe UWG/ÖDP an den Rat Nr. A-R/0051/2010 "Ort der Kulturen und Religionen der Welt"
<u>V/0418/2012</u> I	6.10.	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, anlässlich der Veranstaltung "Schauraum" am 02.09.2012
<u>V/0207/2012/1</u> I	6.11.	Taxitarife
	7.	Stadtplanung
<u>V/0430/2012</u> III	7.1.	1.) 42. Änderung des Flächennutzungsplans in den Stadtbezirken Mitte (Stadtteil Hafen) und Südost (Stadtteil Gremmendorf-West) im Bereich Stadthafen I / Schillerstraße / Lütkenbecker Weg / Bundesstraße B 51 / Albersloher Weg Beschluss zur Änderung 2.) Bebauungsplan Nr. 541: Stadthafen I / Schillerstraße / Lütkenbecker Weg / Bundesstraße B 51 / Albersloher Weg Beschluss zur Aufstellung
<u>V/0035/2012</u> III	7.2.	Entwicklung des Quartiers "Hörster Parkplatz" / Bült / Hörsterstraße / Korduanenstraße
<u>V/0937/2011</u> III	7.3.	Zweite Änderung des Bebauungsplans Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe im Bereich Waldeyerstraße / Sentruper Höhe (St.-Theresien-Kirche) 1. Beschluss über die Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss
<u>V/0406/2012</u> III	7.4.	Bebauungsplan Nr. 532: Östlich der Straße "Am Schlossgarten" 1. Beschluss über die Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss

8. Verkehr

- | | | |
|-----------------------------|--------|--|
| | 8.1. | Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms
und
Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms;
Bericht zur Beschlusslage des ASSVW am 31.05.2012 |
| <u>V/0923/2011/1</u>
III | 8.1.1. | Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms |
| <u>V/0924/2011/1</u>
III | 8.1.2. | Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms |
| <u>V/0393/2012</u>
III | 8.2. | Ergebnisse des Expertenworkshops "Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität" und weiteres Vorgehen |
| <u>V/0465/2012</u>
III | 8.3. | Veranstaltung "Mobilität von morgen" |
| <u>V/0299/2012</u>
III | 8.4. | Beantragung und Bewilligung von Zuschussmaßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung des Kommunalen Straßen- und Radwegebaus (FöRi-kom-Stra) ab 2013 |
| <u>V/0439/2012</u>
III | 8.5. | Straßenumbau Aegidiistraße, Rothenburg, Johannisstraße, Pferdegasse, Domplatz im Bereich des Landesmuseums
- Baubeschluss - |
| <u>V/0307/2012</u>
III | 8.6. | "Barrierefreies Bauen" im öffentlichen Verkehrsraum
- Bau von getrennten Querungen an gesicherten Überwegen - |
| <u>V/0054/2012</u>
III | 8.7. | "Mehr Platz für mehr Radverkehr - Lücken im Netz schließen - Hindernisse für FußgängerInnen aus dem Weg räumen"
Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Fraktion Die Linke.Münster, Ratsherr Pfau, Ratsherr Kersting, Ratsherr Langenfeld an den Rat Nr. A-R/0032/2009 |
| <u>V/0225/2012</u>
III | 8.8. | Für hindernisfreien Radverkehr - Prüfung von Umlaufsperrern und Sperrpfosten im Stadtgebiet, Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung |
| <u>V/0163/2012</u>
III | 8.9. | Ergänzung der Lichtsignalanlage Warendorfer Straße/Dechaneistraße/Wiener Straße

hierzu auch: Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag aus der Sitzung am 03.05.2012 |

V/0254/2012
III

- 8.10. Bushaltestelle "Martin-Luther-King-Weg" (stadteinwärts) auf dem Albersloher Weg

V/0425/2012
III

- 8.11. Bau von zwei Bushaltestellen mit Querungshilfe am geplanten DB-Haltepunkt Roxel an der Pienersallee

9. Bauvorhaben

- 9.1. Neubau Polizeiwache - Julius-Voos-Gasse / Alter Steinweg

- 9.2. Bergstraße 75 - Umbau und Erweiterung eines Wohn- und Geschäftshauses

- 9.3. Aufstockung der Parkpalette am Stadthaus 2 zu Wohnzwecken, Südstraße

10. Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende Herr Fastermann stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Es wurden keine neuen Mitglieder verpflichtet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Herr Fastermann wies daraufhin, dass der Tagesordnungspunkt 8.1 mit seinen Unterpunkten 8.1.1 und 8.1.2 über einen Nachtrag auf die Tagesordnung aufgenommen worden war.

Von den Fraktionen wurden folgende Anträge zur Tagesordnung gestellt:

Frau Bennink beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Tagesordnungspunkte 6.11 und 7.3 nur zu beraten und die Entscheidung an den Hauptausschuss bzw. Rat zu schieben.

Frau Benning beantragte für die CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 6.5 von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Sagel beantragte für DIE LINKE, den Tagesordnungspunkt 6.9 von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Weber beantragte für die CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 8.5 nur zu beraten und die Entscheidung an den Hauptausschuss bzw. Rat zu schieben.

Herr Varnhagen stellte fest, dass zu den Tagesordnungspunkten 8.3 und 4.1 nicht-öffentlich die Vorlagen nicht vorgelegt worden waren und beantragte für die FDP-Fraktion, diese beiden Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Fastermann beantragte abweichend von den vorausgegangenen Anträgen für die SPD-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 6.5 und 6.9 zu beraten und die Entscheidungen zu vertragen.

Vor der Abstimmung beantragte Herr Sagel zur Geschäftsordnung, die Sitzung um 15 Minuten zu unterbrechen, um Gelegenheit zu geben, die umfangreichen Tischvorlagen und Fraktionsanträge lesen zu können.

Herr Fastermann erhob Gegenrede und ließ sodann über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag auf Sitzungsunterbrechung wurde bei Für-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE mit den Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP mehrheitlich **abgelehnt**.

Einvernehmlich wurden daraufhin folgende Beschlüsse zur Tagesordnung gefasst:

Der Tagesordnungspunkt 6.5 bleibt auf der Tagesordnung, wird jedoch nur beraten und dann vertagt.

Der Tagesordnungspunkt 6.9 bleibt auf der Tagesordnung, wird jedoch nur beraten und dann vertagt.

Der Tagesordnungspunkt 6.11 wird nur beraten und die Entscheidung wird an den Hauptausschuss bzw. Rat geschoben.

Der Tagesordnungspunkt 7.3 wird nur beraten und die Entscheidung wird an den Hauptausschuss bzw. Rat geschoben.

Der Tagesordnungspunkt 8.3 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Tagesordnungspunkt 8.5 wird nur beraten und die Entscheidung wird an den Hauptausschuss bzw. Rat geschoben.

Im Vorgriff auf den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung wird auch der dortige Tagesordnungspunkt 4.1 abgesetzt.

Die so geänderte Tagesordnung wurde genehmigt.

Punkt 2.1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.

Die Anwesenheit von Vorlagenersteller/innen war nicht erforderlich für die Tagesordnungspunkte 6.1, 6.4, 6.6, 6.7, 6.10, 7.2, 7.3, 7.4, 8.2 und 8.11; für die übrigen Beratungspunkte wurde sie erbeten.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Schowe informierte über drei geplante Bürgerinformationen:

- 19.06.2012 zur Bauleitplanung Schwarzer Kamp/Mecklenbeck
- 26.06.2012 zur Bauleitplanung Salzstraße/von-Vincke-Straße
- 05.07.2012 zum fortgeschriebenen Masterplan Stadthäfen, der Änderungen des Flächennutzungsplans in diesem Bereich und den aktuellen Konzeptionen für die Aufstellung von Bebauungsplänen für das Einzelhandelsprojekt "Hafencenter" am Hansaring und für das geplante Wohnquartier auf dem ehemaligen Osmo-Areal.

Frau Bennink beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Bürgeranhörung „Stadthäfen“ terminlich hinter die Sommerferien zu verschieben.

Die SPD-Fraktion erhob Gegenrede und beantragte zugleich, den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen/GAL als Anregung zu werten und zu prüfen, ob ein Alternativtermin möglich ist und dieses gegebenenfalls bei der Festsetzung durch den Bezirksbürgermeister zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnisse:

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Termin Stadthäfen zu verschieben, wurde bei Für-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE mit den Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Antrag der SPD, Terminalalternativen zu prüfen, wurde einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE angenommen.

Zudem informierte Herr Schowe über den Beginn und die Eröffnung der Ausstellung „Netzwerk Innenstadt: Findet Freiraum Innenstadt“ am 20.06.2012 im Stadthaus 3.

Punkt 4 der Tagesordnung**Anträge und Eingaben**

Die CDU-Fraktion brachte mit Datum vom 14.06.2012 einen Antrag ein:

„Antrag
Anregung an das Stadtplanungsamt“

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster bittet die Stadtverwaltung, mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt in Rheine möglichst zeitnah zu erörtern, ob die Erschließung der Baustelle im Zuge der Verbreiterung des Dortmund-Ems-Kanals nicht über verschiedene Einfahrten erfolgen kann. Nachdem vereinbart worden ist, den Ausbau abschnittsweise so zu organisieren, dass die Anwohnerinnen und Anwohner in den betroffenen Bereiche möglichst kurz von Einschränkungen betroffen sein sollen, scheint es nicht angemessen, dass die Zufahrt der Baustraße über den gesamten Zeitraum von 8 Jahren an der Wolbecker Straße im Bereich des Verfürthweges liegen soll. Daher soll auch die Möglichkeit geprüft werden, zeitweise den Baustellenverkehr von der Wareндorfer Straße ausgehend zu führen.“

Die CDU-Fraktion brachte einen weiteren Antrag ein; dieser wurde im Zusammenhang im Tagesordnungspunkt 8.11 beraten:

„Antrag

Entwicklung einer Planung für Wohnen und Gewerbe östlich und westlich der Pienersallee parallel zum Bau des geplanten OB-Haltepunktes Roxel

Der Planungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- für die im unteren Bereich der Pienersallee östlich gelegenen Freiflächen eine Planung vorzulegen, die mittelfristig dem Bau familienfreundlicher Wohnungen (Eigenheim/Mietwohnungsbau) bzw. dem Bau von Mehrgenerationenhäusern Rechnung trägt.
- für die westlich gelegenen Flächen (hinter dem ehemaligen Neumann-Gelände) eine Planung zu erarbeiten, die Gewerbe und Wohnen in unmittelbarer Nachbarschaft zulässt.

Begründung:

Für die genannten Bereiche östlich und westlich der Pienersallee besteht schon seit längerer Zeit der Wunsch nach einer städtebaulich sinnvollen Entwicklung. Diese könnte aufgrund der vorhandenen bzw. in Teilen zu ergänzenden verkehrlichen Infrastruktur mittelfristig verwirklicht werden. Die Baugebiete Roxel Nord 111I sind vermarktet und es besteht weiterhin Bedarf für die Schaffung von Wohn- und Gewerbeflächen im Stadtteil Roxel.

Mit der Vorlage V/0425/2012 soll der Bau von zwei Bushaltestellen mit Querungshilfen am geplanten OB-Haltepunkt Roxel an der Pienersallee beschlossen werden. In diesem Zusammenhang und auch vor dem Hintergrund des noch im Jahr 2012 geplanten Abrisses des ehemaligen Neumann- Gebäudes bietet sich die Chance, eine mit der Vorlage V/0425/2012 abgestimmte und in sich schlüssige Planung für die noch vorhandenen Freiflächen vorzulegen. Die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Roxel würden diese Vorgehensweise begrüßen.“

Als Eingaben waren zur Sitzung verteilt worden:

- Eingabe von Herrn Werner Thiel „NS-Denkmal retten! Widerspruch zum Bebauungsplan Nr. 529: Östlich Koburger Weg/Südlich DJK-Sportgelände/Westlich Germania-Campus“

Herr Krause informierte, dass diese Anregung als Eingabe zum Bebauungsplanverfahren gewertet werde und die Verwaltung der Prüfung dieses Sachverhaltes nachgehe, um hierzu in einer der nächsten Sitzungen nach den Sommerferien zu berichten.

- Eingabe des Sachkundigen Einwohners Herrn Sauer vom 06.06.2012 „ÖV-Anbindung Agentur für Arbeit“ zur Vorlage V/0254/2012;

Diese Eingabe wurde im Zusammenhang im Tagesordnungspunkt 8.10 beraten.

Entsprechendes galt für die zahlreichen Änderungsanträge zu Vorlagen.

Punkt 4.1 der Tagesordnung

Stellungnahme zum SPD-Antrag zum Schützenhof-Bunker als Sachstandsbericht zur Grundstücksentwicklung

Herr Krause berichtete, dass vor wenigen Tagen die Bauvoranfrage eingegangen sei. Die Verwaltung werde zur nächsten Sitzung eine schriftliche Stellungnahme erstellen.

Punkt 5 der Tagesordnung	Tagesordnungspunkte mit externer Berichterstattung
---------------------------------	---

Zu diesem Betreff gab es in dieser Sitzung keine Beratungspunkte.

Punkt 6 der Tagesordnung	Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft
---------------------------------	--

Punkt 6.1 der Tagesordnung V/0397/2012	Bericht zur Baulandentwicklung 2012
---	--

Zu dieser Vorlage nahmen alle planungspolitischen Sprecher und Sprecherinnen Stellung.

Mit großer Übereinstimmung lobten sie die Vorlage als gute Arbeitsgrundlage, um in den drängenden Handlungsfeldern angesichts des großen Bedarfs an Wohnraum und Bauland einschließlich der Versorgung mit preiswertem Wohnraum zu Lösungen zu kommen.

Herr Uplawski führte aus, dass in Münster eine anhaltend hohe Wohnungsnachfrage zu erwarten sei, auf die die Stadt mit einer ausreichenden Bereitstellung von Bauland reagieren müsse. Die Baulandbereitstellung allein sei aber kein adäquates Instrument, um den Umfang des Sozialen Wohnungsbau zu erhöhen, da der Bau von Sozialwohnungen in Münster seit Jahren durch die Höhe des Förderbudgets begrenzt werde und nicht durch Baulandmangel. Eine Ausweitung des Sozialen Wohnungsbau ist daher nur möglich, wenn zusätzliche Fördermittel bereitgestellt werden.

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung und die Ausführungen mit Dank zur Kenntnis.

Punkt 6.2 der Tagesordnung V/0445/2012	Modellhafte Erprobung von Aktivierungs- und Prozessstrategien für "Neues Wohnen im Bestand", hier: Bahnhofsviertel - Sachstand und nächste Schritte
---	--

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 6.3 der Tagesordnung	Standorte-Entwicklungskonzept Britenwohnungen in Münster - Sachstand und erste Zwischenergebnisse
	mündlicher Bericht

Herr Krause erläuterte in seinem Vortrag die wesentlichen Aspekte zum Sachstand des Standorte-Entwicklungskonzept Britenwohnungen in Münster. Schriftlich werde die Verwaltung hierzu in einer Vorlage im September d. J. Stellung nehmen. Die im Sinne eines Portfolios zusammen

getragenen städtebaulichen und stadtgestalterischen Überlegungen bildeten heute einen Zwischenstand. Vier Varianten seien danach vorstellbar:

- a) Bestandserhalt; Beispiel Wilhelm-Holthaus-Weg
- b) Bestandserhalt mit Erhaltungssatzung, Beispiel Zum Erlenbusch
- c) Bestandserhalt und Neubau, Beispiel Borghorstweg
- d) Abriss und zielgruppenorientierter Neubau, Beispiel Arnheimweg.

Diese Entwicklungskonzeptionen sollen nach dem Vorschlag der Verwaltung einmünden in Stadtteilübersichten.

Der Ausschuss nahm diese Ausführungen nach einigen Nachfragen mit Dank zur Kenntnis.

**Punkt 6.4 der Tagesordnung
V/0386/2012**

Städtebauförderung: Programm "Stadtumbau West" - Konversion York-Kaserne Gremmendorf, Konversion Oxford-Kaserne Gievenbeck

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Auf der Basis des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau West“ beschließt der Rat die städtebaulichen Programmgebiete
 - 1.1 „Stadtumbau West – Konversion York-Kaserne Gremmendorf“ im Sinne der §§ 171a bis d BauGB. Die Abgrenzung des Programmgebietes ist aus dem anliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) ersichtlich.
 - 1.2 „Stadtumbau West – Konversion Oxford-Kaserne Gievenbeck“ im Sinne der §§ 171a bis d BauGB. Die Abgrenzung des Programmgebietes ist aus dem anliegenden Übersichtsplan (Anlage 2) ersichtlich.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 2.1 auf der Basis des Leitbildes und der Leitsätze für den Rahmenplan Gremmendorf / Angelnmodde-West (vgl. Vorlage V/0594/2011) und der Vorlage zur „Konversion von britischen Stationierungskräften genutzten Liegenschaften in Münster“ (vgl. Vorlage V/0111/2012/1) ein städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 171 b (2) BauGB für das Programmgebiet „Stadtumbau West – Konversion York-Kaserne Gremmendorf“ aufzustellen, in dem die Ziele und Maßnahmen im Stadtumbaugebiet dargestellt werden.
 - 2.2 auf der Basis der Vorlage zur „Konversion von britischen Stationierungskräften genutzten Liegenschaften in Münster“ (vgl. Vorlage V/0111/2012/1) ein städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 171 b (2) BauGB für das Programmgebiet „Stadtumbau West – Konversion Oxford-Kaserne Gievenbeck“ aufzustellen, in dem die Ziele und Maßnahmen im Stadtumbaugebiet dargestellt werden.

- 2.3 bei der Aufstellung und späteren Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungskonzepte in den beiden o. a. Stadtumbaugebieten gem. §§ 171 b (3) und 171 b (4) BauGB die Möglichkeiten der §§ 137 und 139 BauGB sowie §§ 164 a und 164 b BauGB anzuwenden.
- 3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass
 - 3.1 die Verwaltung zur Entwicklung, Aufstellung, Begleitung und Umsetzung einzelner Maßnahmen und Projekte in den beiden Programmgebieten „Stadtumbau West – Konversion York-Kaserne Gremmendorf“ bzw. „Stadtumbau West – Konversion Oxford-Kaserne Gievenbeck“ notwendige Städtebauförderanträge, ggf. vorsorglich, vorbereiten wird;
 - 3.2 bei Förderanträgen für eigene Maßnahmen der Stadt Münster der Eigenanteil von der Stadt Münster zu leisten ist, Private können ggf. im kleinen Rahmen kofinanzieren;
 - 3.2 bei gemeinsamen Maßnahmen privater und öffentlicher Träger bei den verbleibenden Eigenanteilen eine Mitfinanzierung durch die Privaten zwingend erforderlich ist, der Eigenanteil der Stadt Münster darf 10% nicht unterschreiten;
 - 3.4 bei Förderanträgen für sog. Dritte der Eigenanteil von diesen selbst aufzubringen ist, so dass die Maßnahme für die Stadt Münster kostenneutral zu veranschlagen ist.

II. Finanzielle Auswirkungen

Es wird zur Kenntnis genommen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Kosten entstehen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass - sofern Maßnahmen aus den städtebaulichen Entwicklungskonzepten für die Programmgebiete „Stadtumbau West – Konversion York-Kaserne Gremmendorf“ bzw. „Stadtumbau West – Konversion Oxford-Kaserne Gievenbeck“ zukünftig realisiert werden sollen - ggf. der Stadt und/oder privaten Partnern Kosten und/oder Folgekosten entstehen können.

Die entsprechenden Auszahlungen bzw. Aufwendungen sind dann über die jeweiligen Fachämter sicherzustellen. Die Fachämter sorgen darüber hinaus für die Veranschlagung im Haushaltsplan der Stadt Münster sowie bei den Mitteln für Dritte für eine entsprechende Veranschlagung der Erträge und Aufwendungen im jeweiligen Fachbudget.

Punkt 6.5 der Tagesordnung V/0150/2012

Errichtung einzelner Windenergieanlagen an Standorten außerhalb der im Flächennutzungsplan der Stadt Münster dargestellten Konzentrationszo- nen für Windenergieanlagen

Bei der Festlegung der Tagesordnung war zunächst vereinbart worden, die Vorlage nur zu beraten. Im Beratungsverlauf verständigte sich der Ausschuss einvernehmlich, doch eine Beschlussempfehlung abzugeben.

Die SPD-Fraktion hatte einen Änderungsantrag eingebracht:

„Der Ausschuss/ Rat möge beschließen:

Punkte 1., 3. und 4. wie Vorlage

Punkt 2.

Der Rat erklärt seine Zustimmung, dass für die Errichtung von ~~zwei~~ **drei** einzelnen Windenergieanlagen an den Standorten A und B **und C** außerhalb der im FNP der Stadt Münster dargestellten Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auf der Grundlage des neuen Windenergie-Erlasses NRW 2011 von der Möglichkeit einer Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht werden kann.“

Herr Fastermann sprach sich dafür aus, die geänderte Vorlage zu beschließen mit der Maßgabe, für den dritten Standort C eine Bürgerinformation durchzuführen.

Nach der Aussprache erklärte sich die SPD-Fraktion bereit, ihren Antrag umzuwandeln in einen Prüfauftrag zum Standort und die Vorlage entsprechend zu ergänzen.

Diesem Vorschlag schloss sich der Ausschuss einvernehmlich an.

Abstimmungsergebnis:

Daraufhin beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat den **so geänderten** Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den in Anlage 1 vorgelegten Bericht über die weiteren Untersuchungen zur Ermittlung von Standortpotenzialen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet Münster auf der Grundlage der in der Vorlage 0232/2011/1 bereits aufgezeigten Standortpotenziale als Zwischenbericht zur Kenntnis.
2. Der Rat erklärt seine Zustimmung, dass für die Errichtung von zwei einzelnen Windenergieanlagen an den Standorten A und B (s. Anlagen 2 u. 3) außerhalb der im Flächennutzungsplan der Stadt Münster dargestellten Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auf der Grundlage des neuen Windenergie-Erlasses NRW 2011 von der Möglichkeit einer Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht werden kann. **Der dritte Standort C wird einer Prüfung unterzogen.**
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass seine Zustimmung zur Vorlage 0150/2012 noch nicht die Genehmigung der jeweiligen beantragten Windenergieanlagen bedeutet. Die Genehmigung wird im Rahmen eines Verfahrens nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) für jeden Standort jeweils einzeln zu prüfen und zu entscheiden sein. Bestandteil dieser Prüfung ist u.a auch die Verträglichkeit des jeweiligen Standorts z. B. mit Belangen des Artenschutzes.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung beabsichtigt, noch im 2. Quartal 2012 den zuständigen Gremien eine Vorlage vorzulegen, in der Vorschläge zur Erweiterung bestehender sowie zur Darstellung neuer Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Flächennutzungsplan der Stadt Münster unterbreitet werden sollen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Vorlage 0150/2012 entstehen der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 6.6 der Tagesordnung
V/0725/2011**

**Landschaftsplan Roxeler Riedel - Offenlegungsbe-
schluss -**

Für die nachfolgende Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen war ein Änderungsantrag angekündigt worden.

Der Ausschuss beschloss einvernehmlich, die Entscheidung ohne Beschlussfassung an den Rat zu schieben.

**Punkt 6.7 der Tagesordnung
V/0363/2012**

**European Energy Award 2012 - Energiepolitisches
Arbeitsprogramm**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Dem im Rahmen des European Energy Award erstellten „Energiepolitischen Arbeitsprogramm der Stadt Münster“ (Anlage 1) wird zugestimmt.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Umsetzung der Einzelmaßnahmen zusätzliche Haushaltsmittel nicht erforderlich sind, da sie bereits veranschlagt sind. Die Umsetzung einzelner Maßnahmen, soweit sie mit Kosten verbunden sind, stehen unter dem Vorbehalt der jährlichen Etat- und Konsolidierungsbeschlüsse des Rates (Finanzierungsvorbehalt).

**Punkt 6.8 der Tagesordnung
V/0880/2011**

**Beachtung von DIN-Normen zur Barrierefreiheit bei
öffentlich zugänglichen Gebäuden und Flächen**

Herr Lohaus erläuterte auf Nachfrage von Herrn Dr. Bonn, dass die Verwaltung in Bezug auf die DIN-Norm 18040-1 bei nichtstädtischen Bauvorhaben innerhalb der Bauberatung daraufhin wirke, dass die Barrierefreiheit nach dieser technischen Regel auch in privaten Gebäuden hergestellt werde.

Herr Fastermann regte an, diese Einflussnahme im Baugenehmigungsverfahren zu intensivieren.

Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Punkt 6.9 der Tagesordnung
V/0422/2012**

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-
Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE.
und der Ratsgruppe UWG/ÖDP an den Rat Nr. A-
R/0051/2010
"Ort der Kulturen und Religionen der Welt"**

Die FDP-Fraktion brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. [...]
2. Der Rat erklärt unter der Maßgabe, dass das Projekt „Ort der Religionen und Kulturen der Welt“ von den Initiatoren erfolgreich weitergeführt und ohne städtische Mittel realisiert werden kann und vorbehaltlich der noch notwendigen weiteren planerischen, gestalterischen und rechtlichen Konkretisierung, seine grundsätzliche Bereitschaft einen Grundstücksteil der Parkanlage Kinderbachtal in Gievenbeck (~~s. Planausschnitt in der Anlage 1~~) den Initiatoren zur kostenfreien Nutzung zu überlassen.

2.1 – 4.2 [...]"

Über diesen Antrag wurde nicht abgestimmt.

Im Übrigen hatte der Ausschuss bei der Festlegung der Tagesordnung einvernehmlich beschlossen, die Entscheidung ohne Beschlussfassung an den Rat zu schieben.

Punkt 6.10 der Tagesordnung V/0418/2012

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, anlässlich der Veranstaltung "Schauraum" am 02.09.2012

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss mehrheitlich mit Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP und bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1** beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 6.11 der Tagesordnung V/0207/2012/1

Taxitarife

Die Fraktionen von SPD und CDU brachten einen gemeinsamen Änderungsantrag zur Ergänzungsvorlage ein:

„Der Ausschuss/ Rat möge beschließen:

Die Verordnung über die Beförderungsentgelte und -bedingungen für die von der Stadt Münster zugelassenen Taxen (Anl.) wird unter Berücksichtigung folgender Änderungen beschlossen:

§ 2

Berechnung der Beförderungsentgelte

- (1) Als Beförderungsentgelte sind unter Verwendung eines geeichten Fahrpreis-anzeigers (Taxameteruhr) zu berechnen:
1. In der Zeit von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr
 - a) ein Grundbetrag von 2,70 €,
 - b) zusätzlich 1,60 € je gefahrenen Kilometer.
 2. In der Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen
 - a) ein Grundbetrag von 2,80 €
 - b) zusätzlich 1,70 € je gefahrenen Kilometer.
 3. wie Vorlage
 4. wie Vorlage
 5. wie Vorlage“

Über diesen Antrag wurde nicht abgestimmt.

Im Übrigen hatte der Ausschuss bei der Festlegung der Tagesordnung einvernehmlich beschlossen, die Entscheidung ohne Beschlussfassung an den Rat zu schieben.

Punkt 7 der Tagesordnung

Stadtplanung

Punkt 7.1 der Tagesordnung V/0430/2012

- 1.) 42. Änderung des Flächennutzungsplans in den Stadtbezirken Mitte (Stadtteil Hafen) und Südost (Stadtteil Gremmendorf-West) im Bereich Stadthafen I / Schillerstraße / Lütkenbecker Weg / Bundesstraße B 51 / Albersloher Weg
Beschluss zur Änderung**
- 2.) Bebauungsplan Nr. 541: Stadthafen I / Schillerstraße / Lütkenbecker Weg / Bundesstraße B 51 / Albersloher Weg
Beschluss zur Aufstellung**

Herr Peters fragte zum Stand des Verkehrsgutachtens. Zudem regte er an vorzusehen, gastronomische Einrichtung in den Südteil des Hafens zu verlegen.

Herr Schowe erläuterte die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung und nahm dabei Bezug auf die Beschlusslage des Hauptausschusses zur Fortschreibung des Masterplans Stadthafen, die für die Bauleitplanung handlungsleitend sei. Die konkrete Ausformung der Ziele in Festsetzungen des Bebauungsplanes sei Aufgabe der nächsten Monate, hierfür solle die Planung nun auf den Weg gebracht werden.

Das Gutachten zu den verkehrlichen Untersuchungen werde den Fraktionen zur Verfügung gestellt, wenn dieses vorliege.

Herr Fastermann bekräftigte, dass die Beschlusslage des Hauptausschusses Grundlage für die Planungsziele in der Bauleitplanung sein müssten. Exemplarisch nannte er u. a. auch die Ansiedlung einer Diskothek im Südteil des Stadthafens. Es gelte die Beschlussfassung zum Masterplan einschließlich der beschlossenen wohnungspolitischen Ziele.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss mehrheitlich mit Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP und bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Flächennutzungsplan ist gem. §§ 2 (1) und 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) im Bereich Stadthafen I / Schillerstraße / Lütkenbecker Weg / Bundesstraße B 51 / Albersloher Weg zu ändern.
2. Für den Bereich Stadthafen I / Schillerstraße / Lütkenbecker Weg / Bundesstraße B 51 / Albersloher Weg ist gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplan zur Festsetzung von Art und Maß der baulichen Nutzung, der überbaubaren Grundstücksflächen und der Verkehrsflächen aufzustellen.

Innerhalb dieses Gebietes liegen folgende Grundstücke (Anlage 2):

Gemarkung Münster

Flur 147:

Flurstücke 329, 556 – 559, 788, 790, 792, 800 – 804, 844 – 846, 849, 903

Teile der Flurstücke 575, 576, 785, 904

Flur 148:

Flurstücke 195, 196, 201 – 203, 207, 211, 364, 414, 465, 513, 514, 534, 536, 537, 556, 563 – 583, 586, 588, 610 – 636, 638 – 642, 668, 670

Teile der Flurstücke 421, 466, 609, 662, 669

Flur 149:

Flurstücke 55, 67, 70, 76, 78 – 80, 114 – 120, 122 – 124, 128, 136, 158 – 165, 168, 170 – 181, 183, 184, 191, 194 – 201

Teile der Flurstücke 96, 182, 202

Flur 150:

Flurstücke 87, 169, 220 – 225, 249

Teil des Flurstücks 199

Flur 179:

Teile der Flurstücke 140, 460

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch den Beschluss zur Änderung bzw. Aufstellung der Bauleitpläne entstehen der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 7.2 der Tagesordnung
V/0035/2012**

**Entwicklung des Quartiers "Hörster Parkplatz" /
Bült / Hörsterstraße / Korduanenstraße**

Die Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP brachten einen gemeinsamen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Der ASSVW und Rat mögen beschließen:

1. Die Beratung der Vorlage wird bis zum Jahresende 2012 geschoben.
2. Der als Parkraum genutzte Bereich zwischen Hörsterstraße / Sonnenstraße / Korduanenstraße / Bült soll alternativ zur Wohnbebauung hinsichtlich einer möglichen Mischnutzung von Wohnen-Kultur-Dienstleistung geprüft werden. Maßgabe hierfür ist, dass eine Belastung des städtischen Haushaltes nicht stattfinden darf.
3. Es wird eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Verwaltung gebildet, die bis zum Jahreswechsel 2012/2013 eine konkrete Handlungsempfehlung erarbeitet.“

Herr Thielen wies darauf hin, dass die Verwaltung für die beabsichtigte neue Zeitkette nicht mehr gewährleisten könne, dass sich die privaten Anlieger an die Vereinbarungen der ausgehandelten Rahmenbedingungen halten werden.

Herr Fastermann regte an, ob diese Rahmenvereinbarung den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden könnte.

Abstimmungsergebnisse:

DIE LINKE hatte an diesen Abstimmungen nicht teilgenommen.

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP wurde einstimmig angenommen.

Daraufhin beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat die Annahme dieses Änderungsbeschlusses zu empfehlen.

Der **geänderte Beschlussvorschlag** lautet:

4. Die Beratung der Vorlage wird bis zum Jahresende 2012 geschoben.
5. Der als Parkraum genutzte Bereich zwischen Hörsterstraße / Sonnenstraße / Korduanenstraße / Bült soll alternativ zur Wohnbebauung hinsichtlich einer möglichen Mischnutzung von Wohnen-Kultur-Dienstleistung geprüft werden. Maßgabe hierfür ist, dass eine Belastung des städtischen Haushaltes nicht stattfinden darf.
6. Es wird eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Verwaltung gebildet, die bis zum Jahreswechsel 2012/2013 eine konkrete Handlungsempfehlung erarbeitet.

**Punkt 7.3 der Tagesordnung
V/0937/2011**

**Zweite Änderung des Bebauungsplans Nr. 323:
Wohngebiet Sentruper Höhe im Bereich Waldeyer-
straße / Sentruper Höhe (St.-Theresien-Kirche)
1. Beschluss über die Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Der ASSVW möge beschließen:

1.1.4. neu

Die Vermarktung der Eigentumswohnungen erfolgt nach Sozialpunkten.

1.1.5. neu

Die Baugrenze wird Richtung Waldeyerstraße verschoben, sodass sie auf einer Linie mit dem Jugendheim liegt.“

Über diesen Antrag wurde nicht abgestimmt.

Im Übrigen hatte der Ausschuss bei der Festlegung der Tagesordnung einvernehmlich beschlossen, die Entscheidung ohne Beschlussfassung an den Rat zu schieben.

**Punkt 7.4 der Tagesordnung
V/0406/2012**

**Bebauungsplan Nr. 532: Östlich der Straße "Am
Schlossgarten"
1. Beschluss über die Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Über die vorliegenden Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 532: Östlich der Straße „Am Schlossgarten“ wird wie folgt Beschluss gefasst:

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird den nachfolgenden Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 532 nicht gefolgt:

- 1.1 Der Anregung, die östliche Baugrenze im WR-Gebiet insgesamt einheitlich in einem Abstand von 3 m zur Böschungsoberkante des Schlossgrabens festzusetzen. (Anlage 1, Punkt 1)
- 1.2 Der Anregung, im Plangebiet einheitlich weiße Außenfassaden zwingend festzusetzen. (Anlage 1, Punkt 2)

- 1.3 Der Anregung, im WR-Gebiet Neigungsdächer zwingend festzusetzen. (Anlage 1, Punkt 2)
- 1.4 Der Anregung, die Zeder auf dem Grundstück Am Schlossgarten Nr. 17 (Flurstück Nr. 333) als erhaltenswert festzusetzen. (Anlage 1, Punkt 3)
- 1.5 Der Anregung, für das Grundstück Am Schlossgarten Nr. 23 (Flurstücke Nr. 219, 330) eine Eingrenzung des Baufeldes vorzunehmen. (Anlage 1, Punkt 4)
- 1.6 Der Anregung, im Bebauungsplan ergänzend zu den bestehenden Festsetzungen auch Grundflächenzahlen (GRZ) und Geschossflächenzahlen (GFZ) festzusetzen. (Anlage 1, Punkt 5)
- 1.7 Der Anregung, für das Grundstück Hüfferstraße Nr. 28 (Flurstück Nr. 51) die Trennung des Baufeldes aufzuheben. (Anlage 1, Punkt 6)
- 1.8 Der Anregung, die Grenze des Bau- und Bodendenkmals im Bereich des Grundstücks Hüfferstraße Nr. 28 der örtlichen Situation anzupassen. (Anlage 1, Punkt 7)
- 1.9 Der Anregung, die Baugrenzen im Bereich des Gebäudes Hüfferstraße Nr. 28 unter Bezugnahme auf einen bereits eingereichten Bauantrag zu verändern. (Anlage 1, Punkt 8)
- 1.10 Der Anregung, statt eines Reinen Wohngebietes (WR) ein Allgemeines Wohngebiet (WA) festzusetzen bzw. Ausnahmen von den Restriktionen eines Reinen Wohngebietes zuzulassen. (Anlage 1, Punkt 9)
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 532: Östlich der Straße „Am Schlossgarten“ wird aufgrund §§ 2 und 10 i.V.m. § 13 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW als Satzung beschlossen.

Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 532 wird ebenfalls beschlossen.

Mit der Rechtskraft des Bebauungsplans Nr. 532 tritt der Durchführungsplan Nr. 37: Hüfferstraße / Hittorfstraße / Roxeler Straße, soweit er vom Bebauungsplan Nr. 532 überlagert wird, teilweise außer Kraft.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster keine Kosten entstehen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verkehr

Punkt 8.1 der Tagesordnung

**Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms
und
Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms;
Bericht zur Beschlusslage des ASSVW am
31.05.2012**

Die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 8.1.1 und 8.1.2 wurden zusammenhängend bera-

ten; die Verwaltung hatte zur Sitzung jeweils 1. Ergänzungsvorlagen erstellt und als Tischvorlagen verteilt.

**Punkt 8.1.1 der Tagesordnung
V/0923/2011/1**

Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachte einen Änderungsantrag ein, der auf die vorgelegte Ergänzungsvorlage bezogen wurde:

„Der ASSVW möge beschließen:

Weitere Tempolimits prüfen

Die Verwaltung bereitet die in der Ordnungsgemeinschaft Verkehrsunfallprävention vorgestellten Überlegungen zur Einführung eines Tempolimits von 30km/h und auf gut ausgebauten Straßen von 50 km/h auf und stellt dar, welche Konsequenzen hieraus erwachsen.

Konkret ist zu prüfen:

1. Welche Straßen des Stadtgebietes sind hier einzubeziehen?
2. Welche Konsequenzen hat eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit für den motorisierten Individualverkehr und den ÖPNV?
3. In welchem Umfang lässt sich eine weitere Reduzierung der Verkehrsunfallzahlen dadurch erreichen?

Diese Überlegungen sind der Politik zeitnah vorzulegen.“

Über diesen Antrag wurde nicht abgestimmt.

Im Übrigen nahmen die Fraktionen zu den Ergänzungsvorlagen wie folgt Stellung:

Herr Weber kündigte für die CDU-Fraktion an, dass dem neuen Beschlusspunkt 3 zur lückenlosen Einführung der Regelgeschwindigkeit von 50 km/h innerhalb der geschlossenen Ortschaft der Stadt Münster nicht zugestimmt werde. Entsprechend des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2008 sollten einer Umsetzung jeweils plausible Nachweise vorangehen.

Herr Sagel (DIE LINKE) stellte insbesondere fest, dass die Formulierung im Beschlusspunkt 3 der „lückenlosen“ Einführung störend sei, da teilweise Tempo 50 viel zu hoch sei.

Die Verwaltung erläuterte hierzu mit Verweis auf die Begründung in der Vorlage, dass Abweichungen von der Regelgeschwindigkeit nach unten gar nicht angetastet werden sollen; die höheren Geschwindigkeiten sollen auf die Regelgeschwindigkeit reduziert werden.

Herr Varnhagen (FDP) stellte fest, dass insbesondere mit Beschlusspunkt 3 sehr starke Änderungen zur Ursprungsvorlage vorgelegt worden waren.

Herr Pölling beantragte für die SPD-Fraktion, die Entscheidung zu diesen Vorlagen an den Rat zu schieben. Es bestehe Beratungsbedarf in der Fraktion, da sich die neuen Beschlusspunkte 2 und 3 mit der Verkehrssicherheit befassen.

Nach der Aussprache verständigte sich der Ausschuss einvernehmlich auf das folgende Vorgehen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ist in den Beratungsgang eingebracht worden.

Die Entscheidung über die vorgelegte Ergänzungsvorlage wurde ohne Beschlussfassung an den Rat geschoben.

**Punkt 8.1.2 der Tagesordnung
V/0924/2011/1**

Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms

Die Entscheidung über die vorgelegte Ergänzungsvorlage wurde durch den Ausschuss einvernehmlich ohne Beschlussfassung an den Rat geschoben.

**Punkt 8.2 der Tagesordnung
V/0393/2012**

Ergebnisse des Expertenworkshops "Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität" und weiteres Vorgehen

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde angeregt, dass die vielen guten Ideen aus dem Workshop auch im Konzept der Werbeagentur aufgegriffen werden.

Herr Varnhagen stellte fest, dass es von seiner Fraktion angesichts der bevorstehenden Haushaltskonsolidierung keine Zustimmung zu Vorlagen geben werde, die finanzielle Auswirkungen hätten. Daher beantragte er für die FDP-Fraktion, die Beratung der Vorlage in die nächste Kette zu schieben.

Abstimmungsergebnisse:

Der Antrag der FDP-Fraktion, die Beratung zu vertagen, wurde mehrheitlich bei Für-Stimmen von FDP und DIE LINKE mit Gegenstimmen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL **abgelehnt**.

Daraufhin beschloss der Ausschuss mehrheitlich mit Für-Stimmen von CDU und SPD bei Gegenstimmen von FDP und Enthaltung durch Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE, dem Hauptausschuss die Annahme des Beschlussvorschlages der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Dokumentation des Expertenworkshops vom 27. März 2012 „Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Werbeagentur M4 media wird damit beauftragt, ihr Grundkonzept zur „Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität“, das dem ASSVW mit der nichtöffentlichen Vergabevorlage V/0600/2011 vorgestellt wurde, unter Berücksichtigung der Workshopergebnisse weiterzuentwickeln.
3. Die Verwaltung wird im September eine Informationsveranstaltung organisieren und durchführen, in der die Werbeagentur M4 media den Workshopteilnehmern das weiter-

entwickelte Konzept zur „Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität“ auf Grundlage der Workshopergebnisse vorstellen wird.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz, Klima, Immissionsschutz, Boden, Abfall			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2012 2013 2014	40.000 20.000 20.000	
Insgesamt:				80.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2012 bei der Produktgruppe 1401 gemäß Ratsbeschluss vom 08.12.2010 (V/0592/2010 + V/0592/2010/1. Erg.) veranschlagt. Es müssen keine zusätzlichen Haushaltsmittel eingestellt werden.

Punkt 8.3 der Tagesordnung V/0465/2012

Veranstaltung "Mobilität von morgen"

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 8.4 der Tagesordnung V/0299/2012

Beantragung und Bewilligung von Zuschussmaßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung des Kommunalen Straßen- und Radwegebaus (FöRi-kom-Stra) ab 2013

Die SPD-Fraktion brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft möge beschließen:

1. In der Anlage werden die Maßnahmen „Hiltruper Straße, Am Berler Kamp Kreisverkehrsplatz“ und „Heumannsweg Haferland Kreisverkehr“ getauscht.
2. In der Anlage wird für die Maßnahme „Grevener Straße – Steinfurter Str. bis Ring“ die Realisierung auf „2014“ gesetzt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen und Planungen förderfähig vorzubereiten.“

Herr Fastermann äußerte zudem deutliche Kritik am Vorgehen der Verwaltung: die Entscheidung über die Vorlage war so terminiert worden, dass die Einreichungsfrist von Förderanträgen für Baumaßnahmen im geplanten Realisierungszeitraum 2013 am 01.06. d. J. bereits verstrichen war; damit sei der Entscheidungsspielraum der Politik unnötig beschränkt worden.

Abstimmungsergebnisse:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig bei Enthaltung durch Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE angenommen.

Daraufhin beschloss der Ausschuss mehrheitlich mit den Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP und bei Gegenstimmen durch Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE, dem Hauptausschuss den **so geänderten** Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Der **geänderte Beschlussvorschlag** lautet:

I. Sachentscheidung:

1. Der Hauptausschuss stimmt zu, dass die Verwaltung die Straßenbaumaßnahmen (Kommunaler Straßenbau) in folgender Priorität

- **Grevenener Straße** Fahrbahnerneuerung von Am-Max-Klemens-Kanal bis Burloh
- **Kappenberger Damm / Düesbergweg** Straßenerneuerung des Knotenpunktes
- **Nottulner Landweg** Kostenbeteiligung nach EKrG
- **Piusallee** Fahrbahn- und Radwegerneuerung von Bohlweg bis Niedersachsenring
- **VSS** Einstieg in ein modernes Verkehrsmanagement **3.** Baustufe

im Einplanungsgespräch mit den Vertretern des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes NRW und der Bezirksregierung Münster nach den Richtlinien zur Förderung des Kommunalen Straßen- und Radwegebaus (FöRi-kom-Stra) für das Jahr 2013 vorschlägt.

Für den Fall, dass eine der oben genannten Maßnahmen nicht durchgeführt werden kann oder ausreichend Fördermittel bereit stehen, sind als Nachrückmaßnahmen in unten stehender Reihenfolge vorgesehen:

- **Handorfer Straße Fahrbahn- und Radwegerneuerung** von Warendorfer Straße bis Gildenstraße
- **Alverskirchner Straße** Fahrbahn- und Radwegerneuerung von Tiergarten bis Stadtgrenze
- **Fürstenbergstraße** Fahrbahnerneuerung von F.-v.-Stein-Platz bis Hörstert.

2. Der Hauptausschuss stimmt zu, dass die Verwaltung die Radwegemaßnahmen (Kommunaler Radwegbau) in folgender Priorität

- **Mauritzstraße / Promenadenunterführung** - Radwegoptimierung
- **Dorbaumstraße** - Geh- und Radweg zw. Zufahrt Hof zur Linde und Wersedaiepe
- **Kristiansandstraße** Erneuerung der Geh-/Radwegbrücke BWB 187
- **Öffentlichkeitsarbeit** Haushaltsbefragung Münster 2013 - Verkehrszählung (Radwegprogramm)
- **Samlandufer** Radweg

der Bezirksregierung Münster nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßen- und Radwegebaus (FöRi-kom-Stra) für das Jahr 2013 vorschlägt.

3.1 In der Anlage zur Vorlage werden die Maßnahmen „Hiltruper Straße, Am Berler Kamp Kreisverkehrsplatz“ und „Heumannsweg Haferland Kreisverkehr“ getauscht.

3.2 In der Anlage wird für die Maßnahme „Grevener Straße – Steinfurter Str. bis Ring“ die Realisierung auf „2014“ gesetzt.

3.3 Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen und Planungen förderfähig vorzubereiten.

- 4.** Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Ausführung der Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2013 bzw. der Ergebnis- und Finanzplanung 2012 – 2016 steht. Für alle Maßnahmen sind noch Baubeschlüsse einzuholen.

**Punkt 8.5 der Tagesordnung
V/0439/2012**

**Straßenumbau Aegidiistraße, Rothenburg, Johannisstraße, Pferdegasse, Domplatz im Bereich des Landesmuseums
- Baubeschluss -**

Herr Rüller teilte auf Nachfrage von Herrn Fastermann mit, dass für diese Baumaßnahme keine weiteren Bestandteile eine Beitragspflicht nach dem KAG auslösen.

Der Ausschuss hatte bei der Festlegung der Tagesordnung einvernehmlich beschlossen, die Entscheidung ohne Beschlussfassung an den Rat zu schieben.

**Punkt 8.6 der Tagesordnung
V/0307/2012**

**"Barrierefreies Bauen" im öffentlichen Verkehrsraum
- Bau von getrennten Querungen an gesicherten Überwegen -**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Neu- und umzubauende Kreuzungen mit Lichtsignalanlagen und gesicherte Querungsstellen mit Fußgängerüberweg werden im gesamten Stadtgebiet im Grundsatz mit kontrastreichen und ertastbaren Bodenindikatoren und Sonderbordsteinen analog der Testquerung „Altenberger Straße/Sebastianstraße“ in Nienberge als „getrennte Querung“ ausgebaut. Für stadtgestalterisch sensible und historische Bereiche sind individuelle Lösungen notwendig und möglich.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung erfolgt aus der Produktgruppe 1201 – Bereitstellung von Verkehrsflächen und –anlagen (Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) des Teilergebnisplans. Pro Querungsstelle ist mit Mehrkosten zum bisherigen Ausbau für die Bodenindikatoren und Sonderbordsteine in Höhe von etwa 2.200 € zu rechnen.

**Punkt 8.7 der Tagesordnung
V/0054/2012**

**"Mehr Platz für mehr Radverkehr - Lücken im Netz
schließen - Hindernisse für FußgängerInnen aus
dem Weg räumen"**

**Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen/GAL, Fraktion Die Linke.Münster, Ratsherr
Pfau, Ratsherr Kersting, Ratsherr Langenfeld an
den Rat Nr. A-R/0032/2009**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Der ASSVW möge beschließen:

1.-4. wie Vorlage

5. NEU: In weiterer Verfolgung der mit dem Antrag an den Rat Nr. A-R/003/2009 aufgezeigten Perspektiven legt die Verwaltung bis Anfang 2013 ein zusammenfassendes Fahrradverkehrskonzept für die Innenstadt (bis 2. Tangentenring) vor. Gegenstände des Konzeptes sind die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele und Perspektiven für den fließenden und den ruhenden Verkehr mit Fahrrädern, eine Zusammenschau aller baulichen, verkehrstechnischen und Ordnungsmaßnahmen, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden sollen sowie Analysen neuer Entwicklungen im Fahrradverkehr (E-Bike, „Fahrradschnellstraßen“ usw.)“

Herr Schowe gab zu bedenken, dass dieser Antrag hohe Kapazitäten für die Bearbeitung binden würde.

Die CDU-Fraktion gab eine Protokollerklärung zur Vorlage 54/2012 ab:

„Die CDU-Ratsfraktion fördert seit Jahrzehnten mit hohem Engagement den Radverkehr in Münster und hat gemeinsam mit der Bürgerschaft dafür gesorgt, dass Münster sich erfolgreich als Fahrradhauptstadt Deutschlands profilieren kann. Daran wird die CDU weiter arbeiten.

Priorität beim Ausbau weiterer Radwege hat angesichts hoher Zahlen von verunglückten Radfahrern bei Verkehrsunfällen das Thema Verkehrssicherheit. Dementsprechend sind dort zuerst Radwege zu schaffen oder auszubauen, wo heute vermehrt Verkehrsunfälle registriert werden bzw. wo Schulwege verlaufen. Dort, wo heute bereits sichere Radwegeverbindungen bestehen, können derzeit - angesichts der städtischen Haushaltslage - keine weiteren parallel verlaufenden Routen realisiert werden.

Demzufolge sieht die CDU-Ratsfraktion auf absehbare Zeit keine Möglichkeit, einen Radweg im Verlauf der Gleistrasse "Grevener Straße bis Zentrum Nord" zu realisieren.“

Auch die FDP-Fraktion erklärte im Ausschuss zum Protokoll:

„Genau wie der Vorschlag 2012-366 des Bürgerhaushaltes 2012 spricht sich die FDP-Fraktion im Rat ausdrücklich gegen den weiteren Ausbau eines Radweges zwischen der Grevener Straße und dem Haltepunkt Zentrum Nord aus. Wegen parallel laufender Straßen, die wenig befahren sind, wäre die gesonderte Radverkehrsführung auf dem ehemaligen Bahndamm zwar vielleicht ein zu begrüßendes Projekt, ist aber nicht wirklich erforderlich. Insbesondere angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage ist das Projekt nicht weiter zu verfolgen.“

Herr Fastermann fasste die vorgetragenen Anliegen zusammen

Darauf erklärte sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bereit, im Antragstext die Worte „bis Anfang 2013“ zu streichen.

Jedoch wolle die Fraktion den Anregungen aus dem Ausschuss nicht folgen und die Vorlage des Radverkehrskonzeptes nicht erst „innerhalb des Verkehrsentwicklungsplans“ beraten.

Daraufhin erhob Herr Weber einen geänderten Antragstext zum Antrag für die CDU-Fraktion:

„Der ASSVW möge beschließen:

1.-4. wie Vorlage

5. NEU: In weiterer Verfolgung der mit dem Antrag an den Rat Nr. A-R/003/2009 aufgezeigten Perspektiven legt die Verwaltung im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans ein zusammenfassendes Fahrradverkehrskonzept für die Innenstadt vor. Gegenstände des Konzeptes sind die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele und Perspektiven für den fließenden und den ruhenden Verkehr mit Fahrrädern, eine Zusammenschau aller baulichen, verkehrstechnischen und Ordnungsmaßnahmen, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden sollen sowie Analysen neuer Entwicklungen im Fahrradverkehr (E-Bike, „Fahrradschnellstraßen“ usw.)“

Abstimmungsergebnisse:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde bei Für-Stimmen der CDU und Gegenstimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE sowie Enthaltung der FDP mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Verzicht auf die Worte „bis Anfang 2013“ wurde bei Für-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE und Gegenstimmen der CDU sowie Enthaltung der FDP mehrheitlich angenommen.

Daraufhin beschloss der Ausschuss einstimmig bei Einhaltung von CDU und FDP den **so geänderten** Beschlussvorschlag der Vorlage.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, sukzessive im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten neue und zusätzliche Parkmöglichkeiten für Fahrräder in der Altstadt und den innenstadtnahen Wohngebieten zu schaffen und somit das Fahrradparken in diesen Bereichen weiter auszubauen und zu ordnen.
2. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft nimmt den Stand zur Umsetzung des Radwegeprogramms zur Kenntnis.
3. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft nimmt die beabsichtigte Vorgehensweise zur Einrichtung weiterer Fahrradstraßen zur Kenntnis.
4. Zur beschleunigten Umsetzung der Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs werden Stellplatzablösemittel in Anspruch genommen.
5. ~~Der Antrag an den Rat Nr. A-R/0032/2009 ist damit erledigt.~~ **In weiterer Verfolgung der mit dem Antrag an den Rat Nr. A-R/003/2009 aufgezeigten Perspektiven legt die Verwaltung ein zusammenfassendes Fahrradverkehrskonzept für die Innenstadt**

(bis 2. Tangentenring) vor. Gegenstände des Konzeptes sind die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele und Perspektiven für den fließenden und den ruhenden Verkehr mit Fahrrädern, eine Zusammenschau aller baulichen, verkehrstechnischen und Ordnungsmaßnahmen, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden sollen sowie Analysen neuer Entwicklungen im Fahrradverkehr (E-Bike, „Fahrrad-schnellstraßen“ usw.)

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und dienstleistungen	2012 2013 2014 2015	50.000 50.000 50.000 50.000	Fahrradständer/Anlehnbügel (Punkt 1), Einrichtung von Fahrradstraßen (Punkt 3)

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen zu den Punkten 1 und 3 sind im Haushaltsplan 2012 bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt.

Die finanziellen Auswirkungen zu den Punkten 2 und 4 werden in Einzelvorlagen dargestellt.

Punkt 8.8 der Tagesordnung V/0225/2012

Für hindernisfreien Radverkehr - Prüfung von Umlaufsperrern und Sperrpfosten im Stadtgebiet, Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung

Herr Böhme ergänzte zur Vorlage, es sei Ziel, die bestehenden Umlaufsperrern einer Revision zu unterziehen und sie dort abzubauen, wo dies vertretbar sei. Rückmeldungen bzw. Anregungen hierzu seien gern erbeten.

Sodann nahm der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 8.9 der Tagesordnung V/0163/2012

Ergänzung der Lichtsignalanlage Warendorfer Straße/Dechaneistraße/Wiener Straße

hierzu auch: Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag aus der Sitzung am 03.05.2012

Frau Benning erklärte für die CDU-Fraktion, dass vor einer Beschlussfassung der Vorlage zunächst noch einmal mit der Bevölkerung vor Ort gesprochen werden wolle.

Herr Pölling (SPD) regte an, dass die beiden Fraktionen dieses Informationsgespräch zusammen führen mögen.

Auch die Teilnahme der Verwaltung an diesem Termin würde gern angenommen.

Herr Fastermann griff eine Anregung von Herrn Thiel auf und empfahl zu prüfen, ob die Wirkung der für die Aufmerksamkeit von Fußgängern für Radfahrer installierten Blinker nicht noch verbessert werden könne.

Daraufhin wurde dieser Tagesordnungspunkt ein weiteres Mal vertagt.

**Punkt 8.10 der Tagesordnung
V/0254/2012**

Bushaltestelle "Martin-Luther-King-Weg" (stadteinwärts) auf dem Albersloher Weg

Herr Fastermann wies darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt eine Eingabe von Herrn Sauer gemacht worden war und ein Beratungsverlauf zu einem abweichenden Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen vorlag.

Zudem brachte die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft möge beschließen:

Die Sachentscheidung in Punkt I. wird wie folgt geändert:

Die Planungen zur Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle „Martin-Luther-King-Weg“ (stadteinwärts) werden vorerst zurückgestellt und in die Planungen für den Nahverkehrsplan 2013 einbezogen.“

Nach der Aussprache schlug Herr Fastermann zum weiteren Vorgehen vor, den Antragstext des SPD-Änderungsantrags um den Beschlusspunkt 2 der KIB zu ergänzen und den so geänderten Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Diesem Vorschlag schloss sich der Ausschuss einvernehmlich an.

Der geänderte Änderungsantrag zur Vorlage hatte damit die folgende Fassung:

Die Sachentscheidung in Punkt I. wird wie folgt geändert:

Die Planungen zur Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle „Martin-Luther-King-Weg“ (stadteinwärts) werden vorerst zurückgestellt und in die Planungen für den Nahverkehrsplan 2013 einbezogen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Stadtwerken Münster eine Übergangslösung zu entwickeln, wie die Erreichbarkeit der Agentur für Arbeit bis zur Umsetzung einer verbesserten ÖPNV-Erschließung im Rahmen des 3. Nahverkehrsplans kurzfristig verbessert werden kann und diese dem Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft bis zum 30.08.2012 vorzulegen. Im Rahmen dieser Übergangslösung ist sicherzustellen, dass die Agentur für Arbeit von allen Besucherinnen und Besuchern durch geeignete Fahrten von und zur Haltestelle Friedenspark erreicht werden kann, zum Beispiel durch zusätzliche Fahrten der Linie E 6 oder den Einsatz eines Taxibusses. Wichtig ist, dass täglich mindestens drei geeignete Fahrtenpaare während der Öffnungszeiten der Agentur für Arbeit (vor- und nachmittags) angeboten werden.“

Abstimmungsergebnisse:

Der erweiterte Änderungsantrag der SPD-Fraktion einschließlich des Beschlusspunktes 2 der KIB wurde einstimmig angenommen.

Daraufhin beschloss der Ausschuss die **so geänderte** Vorlage einstimmig.

Der **geänderte Beschluss** lautet damit:

I. Sachentscheidung:

Die Planungen zur Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle „Martin-Luther-King-Weg“ (stadteinwärts) werden vorerst zurückgestellt und in die Planungen für den Nahverkehrsplan 2013 einbezogen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Stadtwerken Münster eine Übergangslösung zu entwickeln, wie die Erreichbarkeit der Agentur für Arbeit bis zur Umsetzung einer verbesserten ÖPNV-Erschließung im Rahmen des 3. Nahverkehrsplans kurzfristig verbessert werden kann und diese dem Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft bis zum 30.08.2012 vorzulegen. Im Rahmen dieser Übergangslösung ist sicherzustellen, dass die Agentur für Arbeit von allen Besucherinnen und Besuchern durch geeignete Fahrten von und zur Haltestelle Friedenspark erreicht werden kann, zum Beispiel durch zusätzliche Fahrten der Linie E 6 oder den Einsatz eines Taxibusses. Wichtig ist, dass täglich mindestens drei geeignete Fahrtenpaare während der Öffnungszeiten der Agentur für Arbeit (vor- und nachmittags) angeboten werden.

**Punkt 8.11 der Tagesordnung
V/0425/2012**

**Bau von zwei Bushaltestellen mit Querungshilfe
am geplanten DB-Haltepunkt Roxel an der Piener-
sallee**

Die CDU-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der nun im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt beraten wurde:

„Antrag

Entwicklung einer Planung für Wohnen und Gewerbe östlich und westlich der Pienersallee parallel zum Bau des geplanten OB-Haltepunktes Roxel

Der Planungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- für die im unteren Bereich der Pienersallee östlich gelegenen Freiflächen eine Planung vorzulegen, die mittelfristig dem Bau familienfreundlicher Wohnungen (Eigenheim/Mietwohnungsbau) bzw. dem Bau von Mehrgenerationenhäusern Rechnung trägt.
- für die westlich gelegenen Flächen (hinter dem ehemaligen Neumann-Gelände) eine Planung zu erarbeiten, die Gewerbe und Wohnen in unmittelbarer Nachbarschaft zulässt.“

Herr Böhme erläuterte, warum bis zur Entwicklung des an den Haltepunkt angrenzenden Baugebietes zunächst für einen mehrjährigen Übergangszeitraum Haltestellen in beide Fahrtrichtungen an der Pienersallee geplant wurden. Ziel sei die Verknüpfung der Verbindungen von Bahn und Bus, wenn der DB-Haltepunkt in Funktion genommen werde.

Herr König fügte hinzu, dass der Buslinienverkehr an die Zeiten des künftigen Bahnverkehrs

angepasst werde.

Im Ausschuss war jedoch keine Mehrheit erkennbar, der Planung in der Vorlage zuzustimmen.

Herr Fastermann führte die Wortmeldungen zusammen, indem er vorschlug, den Antragstext der CDU-Fraktion um folgenden Zusatz zu ergänzen:

„Die vorgelegte Planung wird bis dahin zurück gestellt.“

Der Ausschuss stimmte diesem Vorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss den so geänderten Änderungsantrag einstimmig.

Der **geänderte Beschluss** lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- für die im unteren Bereich der Pienersallee östlich gelegenen Freiflächen eine Planung vorzulegen, die mittelfristig dem Bau familienfreundlicher Wohnungen (Eigenheim/Mietwohnungsbau) bzw. dem Bau von Mehrgenerationenhäusern Rechnung trägt.
- für die westlich gelegenen Flächen (hinter dem ehemaligen Neumann-Gelände) eine Planung zu erarbeiten, die Gewerbe und Wohnen in unmittelbarer Nachbarschaft zulässt.

Die vorgelegte Planung wird bis dahin zurück gestellt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Bauvorhaben

Punkt 9.1 der Tagesordnung

Neubau Polizeiwache - Julius-Voos-Gasse / Alter Steinweg

Herr Lohaus stellte die überarbeitete Planung vor.

Der Ausschuss nahm diese zur Kenntnis, um dem Vorhaben dem weiteren Fortgang zu geben.

Punkt 9.2 der Tagesordnung

Bergstraße 75 - Umbau und Erweiterung eines Wohn- und Geschäftshauses

Der Beirat für Stadtgestaltung hatte zu diesem Vorhaben umfassende Überarbeitungsempfehlungen abgegeben und um Wiedervorstellung des überarbeiteten Entwurfes gebeten.

Der Ausschuss nahm diese Empfehlungen mit Zustimmung zur Kenntnis.

Punkt 9.3 der Tagesordnung**Aufstockung der Parkpalette am Stadthaus 2 zu Wohnzwecken, Südstraße**

Herr Lohaus stellte das Bauvorhaben vor, das der Verwaltung im Rahmen einer Bauvoranfrage vorgelegt worden sei. Geplant sei, die Parkpalette am Stadthaus 2 aufzustocken, um Wohnungen zu errichten. Dabei würden die Stellplätze im oberen Parkdeck von 50 auf 12 reduziert, so dass insgesamt 64 Stellplätze erhalten blieben. Die Gespräche mit den Anliegern seien zum großen Teil abgeschlossen und seien überwiegend positiv verlaufen.

Frau Benning (CDU) wertete diese Planung als sehr positive Entwicklung und bat darum, das Vorhaben nach Ausarbeitung der heute vorliegenden Skizze nochmals im Ausschuss vorzustellen.

Herr Fastermann (SPD) fragte, was mit den Quartiersparkplätzen werden solle.

Herr Sauer regte hierzu an, den vorhandenen Parkraum nicht leichtfertig aufzugeben, zumal im Umfeld nur einstündiges Kurzzeitparken möglich sei.

Herr Thielen führte aus, dass die Nutzung der Parkplätze durch städtische Bedienstete eingeschränkt werden solle, so dass der Wegfall der 38 Stellplätze nicht vollständig zu Lasten des Quartiersparkens gehen werde. Durch das Vorhaben selbst werde ein Bedarf von 9 Stellplätzen ausgelöst.

Herr Fastermann stellte fest, dass für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf bestehe, da das Quartiersparken betroffen sei.

Einstimmig beschloss der Ausschuss daraufhin, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes zu vertagen.

Punkt 10 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herrn Varnhagen (FDP) regte an, Architekten bei der Vorstellung von Bauvorhaben aufgrund von Bauvoranfragen ein Rederecht im Ausschuss zu geben.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 20.55 Uhr

gez.

Thomas Fastermann
Vorsitz

gez.

Regina Dittmer
Schriftführung